Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 36 Pf Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 294. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 16. Dezember 1930. | 12. Jahrgang.

Arm ist, wen in seinem engen
Kreis das Ich gefangen hält,
Aber denen, die ihn sprengen,
Blüht und duftet reich die Welt.

Graf Schack.

Der Sieg der Vernunft?

„Die Regierung Brüning hat gesiegt", so lautete in fetten Schlagzeilen die Ueberschrift der Sonntagsausgabe so mancher Tageszeitung. In der den Regierungsparteien nahestehenden Presse wurde der Sieg der Regierung vielfach als „der Sieg der Vernunft" bezeichnet. In der Tat mag rein äußerlich betrachtet so mancher Umstand dafür sprechen, daß die Aufrechterhaltung der Notverordnungen als eine recht vernünftige Lösung der ganzen politischen Krise erscheint. Man kann sich denken, daß manchem Bürger das Herz leichter geworden ist, als er von dem Siege der Regierung Brüning hörte. Zweifellos haben die vielfach aufflackernden Unruhen Erwerbsloser und kommunistischer Trupps etwas Beängstigendes an sich. Es ist durchaus verständlich, daß der Wunsch allgemein besteht, daß Ruhe und Ordnung im Lande gesichert bleiben. Der Sturz der Regierung Brüning hätte zur weiteren Verschärfung der innerpolitischen Lage beigetragen und gerade jetzt in der Weihnachtszeit eine peinliche Unruhe in das Volksleben hineingebracht. Die politischen Kämpfe wären in unerhörter Leidenschaft entfesselt worden und die daraus entstehenden Folgen würden sicherlich schwerwiegend geworden sein. Es ist gut, wenn man sich alle diese Umstände eindringlich vor Augen hält. Wirtschaftspolitik war es eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Regierung ganz besondere Maßnahmen ergriff, und man muß es auch anerkennen, daß der Reichskanzler Brüning eine Energie zeigt, die wir nicht bei jedem Reichskanzler gewohnt sind. Wollte er seine Politik durchführen, so blieb ihm wirklich auch kein anderer Weg, als durch den Erlaß der Notverordnungen und durch besondere taktische Manöver den Reichstag zur Gefolgschaft zu zwingen.

Diese voll und ganz begründeten Erwägungen und die Hoffnung, daß die Regierung die Wirtschaftskrise meistern wird, haben sicherlich auch den Christlichen Volksdienst veranlaßt, der Regierung in der Aufrechterhaltung der Notverordnungen behülflich zu sein. So mancher Wähler dieser Partei wird mit dieser Haltung der von ihm gewählten Abgeordneten wieder einmal nicht zufrieden sein und man kann jetzt wieder so manche Aeußerung des Unmuts und der Unzufriedenheit genau wie bei den bekannten Vorkommnissen der ersten Tagungsperiode dieses neuen Reichstages vernehmen. Eifrige Verfechter und Freunde der Sache des Christlichen Volksdienstes erklären bereits, daß ihnen nun die Augen aufgegangen seien. Man kann aber nicht umhin, den Enttäuschten offen zu erklären, daß sie eigentlich nicht so ganz recht daran tun, sich über die Haltung der von ihnen gewählten Volksvertreter zu beklagen. Wer die Entwicklung, die Literatur und die bisherige Politik des Christlichen Volksdienstes und seiner Abgeordneten genau geprüft hat, konnte sich bereits darüber klar werden, daß der Christliche Volksdienst diesen Kurs, den man jetzt klar vor Augen sieht, einschlagen würde. Aus diesem Grunde haben viele ernst zu nehmende evangelische Kreise es abgelehnt, für den Christlichen Volksdienst einzutreten. Gewiß gab es auch noch manche andere wichtigen Gründe — wie z. B. die Zeit uns bereits gelehrt hat, daß der Christliche Volksdienst Kirche und Gemeinschaft sehr stark der Gefahr der Politisierung ausgesetzt hat.

Man wird nun auch von den Abgeordneten des Christlichen Volksdienstes sicherlich die Erklärung vernehmen, daß man in den entscheidenden Abstimmungen der Stimme der Vernunft und der vernünftigen Erwägung gefolgt ist. Darüber hinaus aber auch für die Ausmerzung besonders unsozialer Uebelstände der Notverordnungen erfolgreich eingetreten ist. Die Verantwortung für die Folgen der Aufhebung der Notverordnungen und den Sturz der Regierung glaubte man nicht übernehmen zu können. Dieser Standpunkt erscheint bei gewissenhafter Prüfung nicht unbegründet und es ist verständlich, daß man sich in diese Gedankengänge so vertiefen kann, daß man, wenn man sich einmal so richtig darin verwickelt hat, sich nicht so leicht wieder herausfindet.

Vertreten nun alle die Abgeordneten, die nicht den Weg der scheinbaren Vernunft gegangen sind, eine Politik der Unvernunft?

Will man sich darüber klar werden, so muß man sich einmal ganz nüchtern die augenblickliche Lage vor Augen halten.

Immer noch nicht hat die Wirtschaftsnot den tiefsten Stand erreicht. Die Arbeitslosenziffer wächst stürmisch an und wir werden in kurzer Zeit eine Zahl von 4 Millionen Arbeitsloser feststellen können.

Daneben wird überall kurz gearbeitet und selbst dort, wo infolge der Saisoneinflüsse noch voll gearbeitet wird, ist mit Beginn des neuen Jahres mit Einführung von Kurzarbeit zu rechnen. Wer in den letzten Wochen und Monaten Gelegenheit gehabt hat, die Wirtschaftslage, besonders auch im Industriegebiet, zu studieren, indem er seine Geschäftsfreunde und Kunden besuchte, wird mit Erschrecken festgestellt haben, wie sehr die Wirtschaftskrise zur Katastrophe auszuwachsen droht und auch schon ausgewachsen ist. In manchen Orten scheint Handel und Wandel förmlich zu stocken. Der Detaillist, der nicht gerade Lebensmittel verkauft, hat meist mehr Reisende abzufertigen als Kunden. Jetzt, zwei Wochen vor Weihnachten, ist von einem Weihnachtsgeschäft nichts zu spüren. Nur einige wenige bevorzugte Geschäfte verzeichnen noch etwas lebhafteren Geschäftsgang. Verzweifelte und verbitterte Geschäftsleute trifft man allenthalben an. Das große Geschrei von der Preissenkung hat außerdem auch dazu noch beigetragen, daß das Geschäft noch stiller geworden ist. Der Käufer streikt und zwar meist, weil er entweder nur noch Geld zur Erhaltung des nackten Lebens bekommt oder aber weil er infolge eines verminderten Einkommens jeden Groschen umdrehen muß, bevor er ihn ausgibt. Wer aber noch in der Lage ist, noch Geld auszugeben, der wartet vorläufig ab in der Erwartung, daß alles noch viel billiger wird. Der Geschäftsmann aber sitzt auf seiner Ware und weiß weder, wie er seinen Verpflichtungen nachkommen soll, noch, wie er die fälligen Steuern aufbringen soll. Es fällt nicht schwer, vorauszusagen, daß in den ersten Monaten des kommenden Jahres eine Unmasse Zahlungseinstellungen zu erwarten sind. Die Rückgänge an Einkommen- und Gewerbesteuern werden aber so katastrophal sein, daß die Städte im Jahre 1931 einfach nicht mehr in der Lage sein werden, durch neue Steuern die Defizits zu decken. Bekanntlich wirkt sich die schlechte Wirtschaftslage steuerlich immer um ein Jahr später aus. Es wird dann auch der Regierung nicht mehr möglich sein, den Young-Plan zu erfüllen. Automatisch tritt dann das ein, was Dr. Schacht in der letzten Zeit in die Welt hinausposaunt hat. Aber jetzt schon befinden sich die Stadtverwaltungen in Schwierigkeiten und das Reich beabsichtigt die Aufnahme einer Anleihe. Die in der Notverordnung vorgesehenen Ermäßigungen der Gewerbe- und Grundsteuern sind schon deshalb lächerlich, weil augenblicklich fast in allen Städten sowohl die Gewerbesteuern als auch die Grundsteuern mächtig heraufgesetzt werden. Praktisch werden die Ermäßigungen deshalb kaum durchführbar sein, da die Steuerausfälle im nächsten Jahr so gewaltig sein werden, daß durch Notverordnung die Aussetzung der jetzigen Notverordnung erwartet werden kann. Die Wirtschaft aber wird neue Belastungen nicht mehr vertragen und wo will man dann noch die Steuern herholen. Weitgehende Kürzungen der Beamtengehälter kommen mit automatischer Sicherheit und eines Tages wird die Regierung, wenn sie nicht durch den wachsenden Unwillen des Volkes schon weggefegt ist, erklären müssen:

„Wir haben uns redlich bemüht, unseren deutschen Volksbrüdern alles, aber auch alles, zu nehmen und zu erpressen, was wir ihnen fortnehmen konnten, und nun haben sie nichts mehr, was wir ihnen nehmen könnten und jetzt müssen wir offen erklären, daß wir am Ende unserer Kraft sind und den Youngplan nicht erfüllen können."

Das ist eben unser Unglück, daß die Regierung heute schon genau weiß, daß sie den Youngplan nicht erfüllen kann, und trotzdem alles tut, um ihn zu erfüllen. Durch diese Politik wird unserer Volkswirtschaft ein unabsehbarer Schaden zugefügt und niemand weiß, ob dieser Schaden je wieder gutzumachen sein wird. Jetzt hat der Staat noch manches tun können, um der bittersten Not zu steuern, aber dann wird er sich eine ausgedehnte Fürsorge nicht mehr leisten können und jeder Deutsche wird die Not am eigenen Leibe spüren.

So sieht die Politik der Vernunft und der vernünftigen Erfüllung aus und jeder Deutsche, der Augen hat zu sehen, sieht, in welch ein Elend uns diese leidige Erfüllungspolitik gestürzt hat. Jeder Deutsche aber kann sich an seinen 10 Fingern abzählen, daß diese Politik nicht gut auslaufen wird. Auch die Regierung Brüning treibt Erfüllungspolitik bis zum äußersten. Auch die Regierung Brüning sucht krampfhaft die Errungenschaften der verlogenen Novemberrevolution dem Volke zu erhalten. Mit allen Mitteln sucht die Regierung Brüning ein System zu stützen und zu halten, das abgewirtschaftet hat und ganz bald abgelöst werden wird. Dieses System kann sich und die Erfüllungspolitik nur noch mit Notverordnungen halten. Das Kabinett wagt es nicht mehr, die Vertrauensfrage zu stellen, da es darüber stolpern würde.

Wer alle diese Ueberlegungen auf sich wirken läßt, der wird mit der Haltung der Rechtsparteien einverstanden sein. Denn die Opposition will nichts anderes, als die Erfüllungspolitik lahmlegen und ein abbaureifes System zur Abdankung zwingen. Die Parteien, die aber die Notverordnungen willig auf sich nehmen und sich anderseits als Gegner der Erfüllungspolitik aufspielen wollen, können nicht verlangen, daß sie weiterhin ernst genommen werden. Wenn man Gegner der Erfüllungspolitik ist und wenn man das heutige System nicht stützen will, dann muß man ganz konsequent sein. Der Wähler verlangt von den Parteien heute eine zielklare Haltung. Er versteht es nicht, daß der Christliche Volksdienst sowohl als die Volkskonservativen zuerst die Notverordnungen schlucken und damit die Erfüllungspolitik, die uns ins Verderben stürzen muß, stützen und dann 24 Stunden später den Antrag stellen, die Regierung möge unverzüglich die Revision des Youngplanes einleiten. Das wird der Regierung gar nicht einfallen. Man fühlt förmlich aus diesen Anträgen heraus, wie man die Wähler mit derartigen Anträgen so schön beruhigen will und zu vertuschen sucht, daß man im Grunde genommen das heutige System durch eine derartige Politik stützt und die Fortführung der Erfüllungspolitik möglich macht. Für die Politik der Regierung ist die Sozialdemokratie ausschlaggebend und gerade in letzter Zeit kommt der Einfluß der Sozialdemokratie besonders stark zur Geltung. Das Zentrum aber hält an der bewährten Schaukelpolitik mit aller Zähigkeit fest und dreister als nie zuvor paktiert das Zentrum einmal nach rechts und einmal nach links. Es ist beklagenswert, daß es noch Gruppen auf der Rechten gibt, die dieses Spiel mit sich treiben lassen.

Gewiß, man hat durch die Aufrechterhaltung der Notverordnung vorläufig die Zuspitzung der Krise etwas abgeschwächt. Der Gang der Ereignisse ist aber nicht aufzuhalten und früher oder später kommt doch die Katastrophe, die dann um so fürchterlicher zur Auswirkung kommen wird. Das deutsche Volk scheint langsam einzusehen, daß ein anderer Kurs kommen muß und die Massen der Wähler wenden sich ab von den Parteien, die immer von der Politik der Vernunft reden und doch mit dieser vernünftigen Politik unser Volk in Elend und Verzweiflung hineingestürzt haben.

Th.

Brief aus Baden.

Am 16. November fanden in Baden bekanntlich die Gemeindewahlen statt. Das war erstmals ein wichtiges Ereignis. Was man auch längst über die Zeiten hinaus, deren wir uns aus unserer Jugend erinnern, da selbst in Karlsruhe am Stammtisch sozusagen die Stadtväter bestimmt wurden, so waren diesmal die Gemeindewahlen auch im Vergleich mit ihren unmittelbaren Vorläufern völlig anders aufgezogen. Wie bei den nicht lange vorausgegangenen Reichstagswahlen waren erstmals die Nationalsozialisten auf der Bildfläche erschienen und haben sich mindestens so gut gehalten, wie dort. Auch der Volksdienst kann zufrieden sein. Verloren haben nun auch auf den Rathäusern die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Staatspartei, da und dort auch, wenn nur gering, die Sozialdemokraten. Das Zentrum aber hielt sich, wie immer. Die Kommunisten ziehen ihren Nutzen aus der schlimmen Lage, die allerdings auch sie nicht zu ändern, aber gut auszunützen wissen. Die Siegerparteien arbeiteten vielfach mit der Losung von einer angeblichen „Rathauskorruption", als wären die „Provinzrathäuser" Zweigniederlassungen des Berliner! Wobei je nach der eigenen Einstellung nach rechts oder nach links gefunkt wurde. Der nächste „Brief aus Baden" wird aber schwerlich schon von weitbemerkbarem Bessermachen berichten können.

Wieweit man mit diesen ungerechten Vorwürfen ging, zeigte — um nur eines zu nennen — das Vorgehen der Mannheimer komm. Arbeiterzeitung. Dort konnte man verschiedene schwer belastende Vorwürfe gegen den Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Finter lesen. Er erwiderte diese Anwürfe mit einem gegen sich selber beantragten Verfahren und ist glänzend gerechtfertigt daraus hervorgegangen.

Wie sollte auch eine Gemeinde das Wunder der restlos glücklichen Verhältnisse und Zustände zuweg bringen, gehen die Fürsorgelasten ins Ungemessene! Karlsruhe z. B. gab von April bis Oktober d. J. hierfür fast 3,2 Millionen aus, seinen diesbezüglichen Voranschlag weit überschreitend! 18 000 Karlsruher wurden unterstützt bei etwas über 145 000 Einwohnern! Also etwa jeder achte Stadtbewohner ist Unterstützungsempfänger!

Nun rufen, aber durchaus nicht nur in den großen Städten, auch auf den kleineren, die Bürgermeister zu Notgemeinschaften auf. Wird das helfen? Sind das nicht nur „Salben", die die tieferen Ursachen nicht berühren? Immerhin bleibt anzuerkennen, konnte Heidelberg schon jetzt 75—80 Tausend Mark zusammenbringen und hier aus großzügig mit Nahrungsspenden und billigem Essen aus Gemeinschafts- und Volksküchen einspringen sowie kinderreiche Arme auch anderweitig bedenken! Aber aufs ganze gesehen ist dauernd nur so zu helfen, wie es im „Aufwärts" Hermann Leitz, mein badischer Landsmann, neulich vorgeschlagen hat. Aber wer will denn solche Opfer bringen? Wer will die Oeffentlichkeit, auch die zunächst nicht betroffene Oeffentlichkeit davon überzeugen, wie nur durch entschiedenes Aufgeben der Trink- und Rauchunsitten endlich einmal ein wirklicher und wirksamer Anfang zur Hilfe und zur Besserung gemacht werden muß? Da „protestiert" es auch in Baden an allen Ecken und Enden. Das nach seinen „Ausschüttungen" noch glänzend gestellte Brau- und Gaststättengewerbe setzt sein Wohlergehen mit dem des ganzen Volkes vorweg in eines! Da gärt es gleichfalls überall im Tabakgewerbe. Es schließen die Fabriken, machen Tausende unserer Tabakarbeiter brotlos, laden den Behörden neue Lasten auf — und treiben doch eigentlich nur ein frevelhaftes Spiel der Volkstäuschung! Gewiß sind ganze Gegenden in Baden mit dem Tabakbau und mit der Tabakverarbeitung und mit dem Verkauf von Tabak verflochten. Aber warum hat man es überhaupt so weit kommen lassen mit diesen Zuständen, daneben auch die Tuberkulose großgezogen? Und viele anderen Schäden außerdem? Nun aber, wo es gilt, sich umzustellen, da schließen die Herren Unternehmer lieber, lassen sich selber dabei gewiß nichts abgehen und spielen sich als am Ende ihrer Kraft auf, um man konnte es erleben, dann irgendeine Milderung der gesetzlichen Bestimmung herauszupressen! Wie soll das erst werden, zwingt uns die Not trotz alledem zu den von Leitz erwähnten Dingen? Was heißt dann Notgemeinschaft, droht schon bei einer kleinen „Vorprobe" alles an den „Interessenten" zu scheitern?

Vielleicht belehrt uns aber ein Kundiger, es sei das jetzt durch Baden gehende Stillegen der Tabakerzeugung nur ein Teil des großen Arbeitsterbens überhaupt. Mag sein! In der Tat hat der Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und der angrenzenden Industriebezirke das zurzeit bestehende Lohnabkommen in der Metallindustrie mit Wirkung vom 31. Dezember gekündigt und einen Abbau der Löhne um 15 v. H. gefordert. Der Bezirksgruppe Mannheim-Ludwigshafen gehören 35 Betriebe an. Der Gesamtverband umfaßt jedoch auch die Betriebe im Bezirk Frankenthal, Pforzheim, Freiburg und Konstanz mit 72 Betrieben. Auch in diesen Außenbezirken ist das Lohnabkommen gekündigt worden. Ebenso bekamen die kaufmännischen und technischen Angestellten auf den gleichen Tag ihre Kündigungen. Ueber ihre Weiterverwertung soll dann Anfang 1931 verhandelt werden.

Allein in der bekannten Heinrich Lanz-A.-G. hat sich dies Vorgehen etwas günstiger ausgewirkt. Sie hat zuletzt noch 2 000 Arbeiter und 660 Angestellte beschäftigt. Nun schließt zwar auch sie in den Monaten Dezember und Januar. Doch ein wenn auch nur schwacher Trost wird den Entlassenen mit auf den Weg gegeben. Sollte sich nämlich ergeben, aufgrund der durchgeführten „Marktanalyse" sei während des nächsten Jahres mit einer größeren Nachfrage zu rechnen, dann solle die Betriebsaufnahme schon früher erfolgen. 700 bis 800 Arbeiter werden in den stilliegenden Monaten Arbeit finden, die Angestellten werden weiter beschäftigt bei einer Gehaltskürzung vom 15—20 v. H. Etwas besser steht es also hier. Aber welches Unternehmen kann sich derlei heute noch erlauben? Und an wieviel Orten kann gar eine Fabrik neu aufgemacht werden, wie soeben in Heidelberg, wohin das Werk „Stock-Motorrad", eine Abteilung der Stock-Motorpflug A. G. in Berlin seine Motorradherstellung verlegt hat und wovon aus es daneben den Gesamtverkauf für Südwestdeutschland übernimmt. Wobei übrigens erst noch festzustellen wäre, inwieweit diesem Neuaufbau ein Abbau eben in Berlin zugrunde liegt, also keine reine und unbedingte Neuerrichtung und Neubeschäftigung vorliegt!

Wie steht es um die geistige Not, gerade in Heidelberg? Der neue Shurmannbau, die sog. „neue Universität", ist äußerlich fertig. Aber gefallen will er niemandem. Er paßt auch gar nicht in diese Umgebung. Und was verhieß man gerade nach dieser Seite hin vor Beginn für Wunder! Ein riesiger Scheunenbau in grellem Weiß. Glücklicherweise kein ganz flaches Dach! Mögen wenigstens die Innenräume schöneer werden! — Ob man nicht doch besser nur umgebaut hätte statt neugebaut? Allein das Abreißen des bisherigen Bauwerkes an jener Stelle kostete 165 000 RM. So sollte man heute nicht mit dem Geld und mit Zerstörungsarbeit umgehen, auch wenn Amerika alles bezahlt!"

Weit mehr erregt aber der Fall Gumbel die Gemüter. Da gehen die Stürme noch immer hin und her. Gumbel prägte seinerzeit das von ihm inzwischen unter Bedauern zurückgenommene Wort vom „Felde der Unehre". Das sei ihm heute noch nicht verziehen! Außerdem aber steht er innerlich nahe bei Moskau! Das verbittet sich die Jugend von ihren Lehrern, für die sie sich begeistern will und in diesem Falle gewiß nicht kann. Wenigstens nicht die überwiegend rechts eingestellte Jugend! Natürlich hat auch dieser Herr Parteigänger unter Professoren und Studenten auf seiner Seite. Und nun hat ihn unser sozialistischer Unterrichtsminister Dr. h. c. Remmele ohne Vorschlag der Fakultät nach der vorliegenden Reihe von Privatdozentenjahren zum ao. o. Professor ernannt. Das schlug dem Faß den Boden aus! Alle Mittel werden dagegen von der führenden Studentenschaft ergriffen. Einspruchsversammlungen sozusagen am laufenden Band. Nichterscheinen bei der Universitätsgeburtstagsfeier, da man Gumbels Teilnahme erfahren hatte u. a. m. Remmele wirkt ohnehin auf die Studenten wie das rote Tuch auf den Stier. Und er wieder hat in Ermangelung des Humors das nun erst recht gesungene Lied: „Das Wandern ist des Müllers Lust" — eine Anspielung auf Remmeles frühere Tätigkeit — unter Strafe gestellt! So geht ein richtiger Krieg hin und her und bewegt sich gerade noch in den Grenzen, wo ein schärferes Eingreifen entweder nicht gerechtfertigt ist oder zu keinem Ziel führen würde. Bis dahin sucht der Rektor, so gut es geht, mit Erklärungen die Wogen zu mildern, gibt den Studenten in der inneren Fragwürdigkeit der Professorenernennung weitgehend eigentlich recht, aber gibt diese Ernennung dennoch als zu Recht erfolgt und nicht rückgängig zu machen bekannt! Er hat auch bei der ersten Immatrikulation kernhafte Worte gesprochen und der Bedeutung des Hochschulstudiums für unsere Zeit Ausdruck verliehen.

Zwei „Wirthe" sprachen fast gleichzeitig in Heidelberg. Der eine, der bekannte deutsche Innenminister, unser badischer Landsmann, Dr. Josef Wirth, hatte diesmal einen guten Tag und großen Zulauf. Man konnte ihm in vielem recht geben. So auch im jener von ihm erzählten Geschichte:

„Vor einigen Tagen stand ich auf der grünen Regierungsbank im Reichstag. Da tauchte vor mir ein Kopf auf. Der Kopf eines Nationalsozialisten, und schaut mich an. Ich ihn auch! Da sage ich: „Sind Sie nicht der Sohn unseres früheren Kollegen Rupp aus Reihen bei Sinsheim?" — Antwort: „Ja, ich bin der Sohn." Ich wechselte dann einige nur rein menschliche Worte mit ihm. Da tauchte plötzlich ein anderer Nationalsozialist auf und verbot diesem Mann, mit mir zu sprechen. Er sagte: „Du darfst mit dem Mann nicht sprechen, der ist ja überhaupt kein Mensch!"

Und dann fuhr Wirth fort: „Wenn das Menschliche in dieser Notzeit des deutschen Volkes ausgerottet sein soll, wenn Leute, die politisch auf verschiedenem Boden stehen, nicht mehr miteinander reden dürfen, dann ist das Volk in seinem Kern getroffen!" — Wie gesagt, darin hatte er recht. Wenn man auch über die bei ihm verzeihliche Empfehlung des Zentrums natürlich anderer Meinung sein muß!

Der andere Wirth, der alsbald in Heidelberg sprach, war der einsame Gelehrte Dr. Hermann Wirth, 1885 zu Utrecht geboren, dessen Forschen der religiösen Vorzeit gilt und in Ermangelung von durchgreifender Anerkennung noch immer das bittere Los des einsamen, seiner Zeit Vorauseilenden kosten muß. Ob an diesem Schicksal ein einmaliger Vortrag viel ändern wird?

Es geht dem Manne ähnlich wie der Evangelischen Kirche. Er glaubt die Wahrheit zu sehen und härmt sich um sie ab. Auch die Evangelische Kirche dringt trotz ihres Wahrheitsbesitzes nicht durch. Und ist auch in Baden, wie anderweitig, das Aschenbrödel! Rafft sie sich in überparteilicher Zusammensetzung einmal zu einem Evangelischen Volkstag oder -abend auf, wie jüngst in Heidelberg unter Leitung von Stadtpfarrer D. Oestreicher — des in Bethel gewiß nicht Vergessenen — läßt sie sich dabei auch von anderen Rednern ihre Lage klar schildern, so ist das ein einmaliges, gewiß hoch anzuschlagendes Unternehmen. Allein um sich heute zu behaupten, müßte dies allerorts und immer wieder geschehen, durch die Presse in die letzten Winkel des Landes verbreitet werden und vom Kirchenvolk dauernd und nicht bloß durch verflüchtigende Vorträge getragen sein. Nun ein Anfang gemacht ist, hoffen wir weiter!

G.

System offener Bedrückung.

Veröffentlichung des Wortlauts der zweiten deutschen Polen-Note.

— Berlin, 15. Dezember.

Die Veröffentlichung des Wortlauts der zweiten deutschen Polen-Note an den Völkerbund, die jetzt erfolgt ist, bestätigt im wesentlichen die Angaben, die von der Presse bereits bei der Ueberreichung der Note gemacht worden sind. Mit gewohnter Sorgfalt sind alle inzwischen bekannt gewordenen neuen Gewaltakte in Ostoberschlesien zusammengestellt worden; vielfach konnten auch die Namen der Aufständischen angegeben werden, die — um mit der deutschen Note zu reden — Angehörige der deutschen Minderheit auf die Straße geschleppt, sie dort mißhandelt, wie einen Hund erschossen und Heiligenbilder von den Wänden gerissen haben. Einzeln aufgeführt sind insbesondere die bereits bekannten 12 krassesten Fälle.

„Auch die vorstehende Aufzählung — so fährt die deutsche Note dann fort —, erschöpft nicht die vorgekommenen Gewalttaten. Die Zahl der insgesamt der deutschen Regierung bekannt gewordenen Terrorakte verschiedener Art, die durchweg strafbare Handlungen im Sinne der Strafgesetze darstellen, erreicht annähernd 200. Fast in allen Fällen handelt es sich um Körperverletzungen und Sachbeschädigungen, oft verbunden mit Bedrohungen und Hausfriedensbrüchen. Nahezu überall ist das gleiche Versagen der Polizeiorgane festzustellen.

Die in der Anlage des Schreibens vom 27. November aufgeführten Tatsachen veranschaulichen bereits

den Zustand völliger Schutz- und Rechtlosigkeit,

unter dem die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien seit langem leidet. Das vorstehend wiedergegebene weitere Material vervollständigt das Bild ihrer trostlosen Lage.

Es beweist noch klarer, daß die schrankenlose Gewaltherrschaft der „Aufständischen", die mit Leben, Gesundheit und Eigentum der Angehörigen der deutschen Minderheit nach Belieben verfahren konnten, sich nicht in einzelnen Ausschreitungen erschöpft und auf einzelne Bezirke beschränkt hat, sondern daß hier ein System offener Bedrückung der Minderheit vorliegt, das sich über ganz Polnisch-Oberschlesien erstreckt und sich in zahllosen Gewalttaten Luft macht."

Im Kampf gegen das Chaos.

Nicht Untergang, sondern Aufstieg! Von Georg Bonne (Verlag E. Reinhardt, München; brosch. 5,50, Leinen 7,50 Mark).

Unsere „Aufwärts"leser kennen Georg Bonne schon seit Jahren aus seinen Werken und aus seinen mutigen Aufsätzen. Mit seinem neuesten Buch: „Im Kampf gegen das Chaos" schenkt er uns seine Tagebuchblätter aus dem letzten Jahrzehnt als dritten Band seiner Romantrilogie „Im Kampf um die Ideale". Wieder staunen wir über die Vielfältigkeit des Wissens, über die Gründlichkeit, mit welcher er jedes Problem anfaßt und zu ergründen sucht und über das, was ein einzelner Mann zu leisten im Stande ist, wenn wahre Menschenliebe zur Tat drängt.

Den ersten Band dieser dreiteiligen Romanreihe nannte Georg Bonne „Die Geschichte eines Suchenden", der seinen Mitmenschen zu besseren Lebensbedingungen verhelfen und den Frieden unter den Völkern sichern möchte. Ein hohes und ideales Ziel, dem Bonne das ganze Wirken und Schaffen eines langen und reichen Lebens widmete. Hier aus diesem letzten Band leuchtet uns immer heller die Gewißheit entgegen, daß Georg Bonne den einzigen sicheren Grund gefunden hat, auf dem sich allein die glückliche Zukunft eines Volkes aufbauen läßt und in dem man den ersehnten Völkerfrieden verankern könnte: Jesus Christus! „Nur wenn wir uns dem obersten Gebot dieses Zimmermannssohnes beugen, kann unser Volk von dem heutigen Irrsinn und Elend genesen!"

Wo nicht Christus herrscht, regiert Stolz, Haß und Neid, die noch immer höhere Mauern in sozialer und nationaler Hinsicht aufrichten. Und diese Mauern, an denen unsere ganze Zukunft, die Kultur der gesamten Menschheit zu zerschellen droht, können wir nur mit Hilfe von Liebe und Gerechtigkeit niederreißen. „Niemand aber in der ganzen Weltgeschichtte hat uns so viel Weisheit und Liebe geschenkt, die Er mitt Seinem Tod besiegelt hat, als Jesus Christus".

Das ganze Staatsleben, unser Verkehr mit dem Nächsten muß durchtränkt sein von ehrlicher, christlicher Gesinnung. „Besinnen wir uns doch endlich darauf, daß wir alle die Verantwortung für einander tragen! Daß, wenn wir nicht alle miteinander: schließlich in Not und Elend, im Chaos zugrunde gehen wollen, uns nur eines retten kann: daß wir endlich ernst machen mit dem christlichen Staat, den wir bis jetzt vortäuschten, aber nicht besaßen. Denn der wahrhaft christliche Staat ist auf dem obersten Gebot Christi aufgebaut: „Liebe deinen Nächsten als dich selbst!" — Wir aber dachten vorzugsweise nur daran, was dem einzelnen schmeckt, was dem einzelnen Gewinn bringt. — Erst wenn wir lernen, dieses oberste Gebot Christi, dieses Verantwortungsgefühl für unseren Nächsten in unserem Staatswesen wirklich und wahrhaftig in die Tat umzusetzen, erst wenn wir alle unsere eigenen Wünsche danach richten, was dem Ganzen frommt, erst dann dürfen wir unseren Staat einen christlichen nennen! Erst dann wird diese Zeitkrankheit des Parteiwesens aufhören, die jetzt so viele unserer besten Kräfte lähmt. Erst dann werden wir wieder ein einiges Volk werden! Erst dann sind wir alle vor dem Untergang gerettet!"

In erschütternden Bildern schildert Bonne die entsetzlichen Zustände in Rußland und weist auf die Gefahr hin, die uns von Osten droht; aber er zeigt auch den Weg, der allein Rettung bringt: „So wird Christus unser Retter — aber nur wenn wir ihm nachfolgen durch die Tat — durch die Tat der Liebe!"

Den sichersten Damm gegen die verheerende Chaos-Flut von Osten sieht Bonne in der Macht des Evangeliums. „Aus Rußland kommt seltsame Kunde: trotz der fanatisch durchgeführten antireligiösen Propaganda der Bolschewisten und der geradezu zwangsweisen Auflösung der orthodoxen griechischen Kirche können diese bolschewistischen Machthaber das Sehnen des Menschen nach Höherem nicht ausrotten! In 5000 Gemeinden haben die Evangelisten trotz unerhörter Verfolgungen ständig steigenden Zulauf!! Diese irrsinnigen Bolschewisten können wohl das Leben der einzelnen Menschen — das Leben eines ganzen Volkes ausrotten — aber niemals den Gottesfunken, der in jedem einzelnen Menschen lebt! Das ist der Gottesfunke, der so wundervoll in Christi obersten Gebot leuchtet. — Nun geht es den Russen genau so, wie den ersten Christen in der altevangelischen Zeit, als die wahnsinnigen Cäsaren Roms die ihnen unbequeme Lehre Christi mit Folter und Hinrichtungen unterdrücken wollten: der Gottesfunke siegte über Cäsarenmacht! Auch über die wahnsinnigen russisch-bolschewistischen Cäsaren wird der Gottesfunke siegen, genau, wie in jedem Frühling die Sonne über das Eis des Winters siegt, — denn die Liebe ist stärker als der Tod! —"

Und zuletzt triumphiert die feste Zuversicht, daß der drohende Bolschewismus unterliegen wird und muß: „Gelobt seist Du, allmächtiger Gott, daß Du Dich in diesem Deinen Sohn so übergroß geoffenbart hast, daß seine Liebe uns in letzter Stunde noch siegen läßt über den Wahnsinn des Chaos!"

Jedem, der ein Freund echten praktischen Christentums ist, wird Bonnes Buch eine willkommene Weihnachtsgabe sein.

J. K.

Die Unruhen in Spanien.

Madrid, 14. Dezember 1930.

Sogleich nach Bekanntwerden der Aufstandsbewegung in Jaca, von der wir schon am Samstag berichteten, versammelte sich in Madrid das Ministerium, um über die Unterdrückung der Revolte zu beraten. Es wurde eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es heißt:

„In Jaca hat sich die Garnison in Verbindung mit anderen Elementen in eine regelrechte Empörung eingelassen. Da die Militär- und die Zivilbehörden sowie die Gendarmerie und die Karabiniers den Anschluß an die Bewegung ablehnten, kam es zu einem Zusammenstoß, worauf der Bürgermeister mit der Gendarmerie und den Karabiniers sich in die Karabinier-Kaserne zurückziehen mußten. Die Aufständischen bemächtigten sich der Lastkraftwagen und der Automobile, die sie fanden, und marschierten nach der Provinzhauptstadt Huesca. Sie wurden jedoch von Kräften, die den Engpaß von Ayerbe besetzt haben, in ihrem Vormarsch aufgehalten. Die Verbindungen mit Jaca sind nicht gänzlich unterbrochen. Die Regierung hat sofort die erforderlichen Maßnahmen ergriffen und den Vormarsch auf Jaca angeordnet. Der Aufstandsversuch bleibt örtlich beschränkt, überall in Spanien herrscht Ruhe. Die Regierung ist entschlossen, die Schuldigen unbarmherzig zu bestrafen."

Militäraufstand unterdrückt.

Jaca durch Artillerie niedergekämpft. — 500 Gefangene. — Einsetzung eines Standgerichts.

— Madrid, 15. Dezember.

Der Aufstand der spanischen Grenzgarnison Jaca ist blutig unterdrückt worden. Das entscheidende Gefecht spielte sich vor der Stadt ab, wo die Rebellen damit beschäftigt waren, Schützengräben auszuheben. Auf Seiten der Regierungstruppen griffen mehrere Batterien, zwei Regimenter Infanterie und zwei Kavallerie-Schwadronen in den Kampf ein. Durch das Artilleriefeuer überrascht, flüchtete ein Teil der Aufständischen in die Berge. Drei junge Offiziere, die unter dem Ruf: „Es lebe die Republik!" den Regierungstruppen entgegengingen, wurden gefangen genommen. Die Regierungstruppen traten danach den Vormarsch auf Jaca an. Zur Aburteilung der Bewegung wurde ein Standrecht eingesetzt. Sämtliche Führer werden erschossen.

Der Aufstand in Jaca ist die vierte Militärrevolte seit 1926. Von den übrigen Aufständen unterscheidet sich die nun unterdrückte Bewegung dadurch, daß die aufständischen Offiziere diesmal auch gegen den König Stellung genommen haben. Das ist ein neues Moment, das für die weitere Entwickelung der Dinge in Spanien von Bedeutung werden kann.

Hinrichtungen.

Spanische Aufständische offiziell hingerichtet.

— **Madrid**, 14. Dezember. Das in Huesca tagende außerordentliche Standgericht hat am Sonntag das Urteil gegen die des Militäraufruhrs angeklagten Offiziere und gegen einen Sergeanten, die bei der Bewegung von Jaca eine führende Rolle gespielt haben, gefällt. Der Infanteriehauptmann **Galan** und der Artilleriehauptmann **Fernandez** wurden zum Tode durch Erschießen, der Artilleriehauptmann Salnias, Infanterieoberleutnant Muniz, Oberleutnant Navarro und der genannte Sergeant zu lebenslänglichem schwerem Kerker verurteilt. Die Todesurteile wurden um 13,30 Uhr in Huesca vollstreckt.

Die beiden zum Tode verurteilten Offiziere waren bereits unter der Diktatur Primo de Riveras in Aufruhrversuche verwickelt, also rückfällig, was als straferschwerend beurteilt wurde. Hauptmann Galan wurde überdies nicht von den Regierungstruppen erschossen, sondern er hat sich an der Spitze seiner 300 Mann in voller Ordnung selbst gestellt, um das Leben seiner Leute nicht nutzlos zu opfern. Die Fluchtmöglichkeit nach Frankreich lehnte er ab.

In republikanischen Kreisen erwartet man für Montag früh die Erklärung des Generalstreiks in Madrid, Barcelona, Valencia, Sevilla und Bilbao. In Madrid hat die Regierung 5000 Mann Bürgergarde zusammengezogen und in Klöstern untergebracht. Der normale Stand dieser Truppe in der Hauptstadt beträgt sonst etwa 2000 Mann. Die Regierung erklärt, sie verfüge über die Befehlshaber der Truppenverbände. Im Gegensatz hierzu hört man von der Gegenseite über gewisse Zusagen in der Garnison Burgos. Aus gutunterrichteten Kreisen verlautet, daß der Generalstreik zunächst zum Zeichen des Protestes gegen das Vorgehen der Regierung in Jaca und gegen die Erschießung der beiden Offiziere ausgerufen werden soll. Der Plan geht ferner dahin, die Streiks zum gewaltsamen Umsturz auszunützen. Die Arbeiterschaft scheint mit Waffen reichlich versehen zu sein. Die Regierung glaubt, die lebenswichtigen Betriebe durch Besetzung mit Truppen aufrecht erhalten zu können.

Die Regierung teilt mit, daß bei den Kämpfen bei Jaca der Militärgouverneur von Huesca, Generalleutnant Heras, verwundet wurde, ebenso ein Hauptmann der Bürgergarde. Ein weiterer Hauptmann dieser Truppe wurde von den Rebellen erschossen, außerdem ein Feldwebel. Weitere Regierungsverluste sind bis jetzt noch nicht bekannt gegeben. In Madrid wurden weiter Republikaner verhaftet, darunter der während der Diktatur nach Paris verbannte Eduardo Ortega y Gasset.

Kabinett Steeg.

Heftige Kämpfe in der Kammer zu erwarten.

— Paris, 15. Dezember.

Die Regierungskrise in Frankreich hat nun doch rascher als man erwarten konnte, eine Lösung gefunden. Der dritte Versuch, von Senator Steeg unternommen, führte nach langen Verhandlungen und vielen Wirren zum Erfolg. Wie lange diese Lösung Bestand haben wird, das ist freilich eine offene Frage! In der Kammer wird sich die neue Regierung nur mit Mühe, und ohne die Unterstützung der Sozialisten überhaupt nicht durchsetzen können.

Das neue Kabinett umfaßt insgesamt 30 Mitglieder, nämlich 18 Minister und 12 Unterstaatssekretäre; dem Senat gehören davon sechs, der Kammer 24 Männer an. Von dem Kabinett Tardieu unterscheidet sich die neue französische Regierung dadurch, daß die Radikalsozialen — das sind die bürgerlichen Demokraten — wieder mitmachen, wie ja auch Ministerpräsident Steeg selbst Mitglied der Radikalsozialen Partei ist. Ferner haben die Radikalen ihren jungen Führer Daladier als Arbeitsminister, Albert Sarraut als Marineminister, den Abgeordneten Chautemps in das Unterrichtsministerium und den Abgeordneten Lucnille als Minister für Gesundheitspflege entsandt. Die übrigen Minister gehören sieben verschiedenen Gruppen an. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um Männer, die schon früheren Kabinetten angehört haben. So verbleibt die Leitung der Außenpolitik in den Händen Briands, in das Justizministerium zieht wieder Cheron, — von der Fraktion Poincarés! — ein, in das Wirtschaftsministerium Loucheur, und die Leitung des Kriegsministeriums übernimmt Senator Barthou von der demokratischen und radikalen Vereinigung.

Tardieu, der Chef der gestürzten Regierung, hat sich redlich Mühe gegeben, einen Erfolg Steegs zu vereiteln. Das Zustandekommen des neuen Kabinetts hat er damit nicht verhindern können, ja, es ist ihm nicht einmal gelungen, seine eigene Gruppe von jeder Beteiligung an dem Ministerium Steeg abzuhalten. Die Folge davon wird sein, daß Tardieu der neuen Regierung nach der Uebernahme der Amtsgeschäfte das Leben sauer machen wird. Aber auch sonst muß sich Steeg auf schwere parlamentarische Kämpfe gefaßt machen, hat der Senat vor Wochen Tardieu doch nicht deshalb gestürzt, damit ihm ein Kabinett dieser Zusammensetzung folgen soll. Für Deutschland bedeutet das, daß dem Ministerium Steeg die Hände gebunden sind, zumal im nächsten Jahr auch die Neuwahl des französischen Staatspräsidenten bevorsteht.

Ein außenpolitisches Entgegenkommen wird man in Deutschland aber auch schon deswegen nicht von dem neuen Kabinett erwarten dürfen, als Steegs Bemühungen von Poincaré offen begünstigt worden sind. Poincaré befürchtete anscheinend das Zustandekommen eines Ministeriums Briand und glaubte, diese Entwicklung nur dadurch vereiteln zu können, daß, wenn er schon nicht selbst zur Uebernahme der Geschäfte bereit war, daß er Steeg in den Sattel verhalf. Das, und der Umstand, daß trotz der Feindschaft Tardieus mehrere Mitglieder dieser Gruppe Steegs Angebote annahmen, hat natürlich dem Ansehen Tardieus, das ohnehin durch den Oustric-Skandal arg gelitten hat, weiter Abbruch getan. Das Endergebnis der französischen Krise ist daher eine empfindliche Niederlage Tardieus, also des Mannes, der vor kurzem noch auf dem besten Wege war, sich eine überragende Stellung, ähnlich der, die Poincaré seit vielen Jahrzehnten innehat, zu verschaffen.

Für Theodore Steeg bedeutet das Zustandekommen seines Kabinetts einen persönlichen Erfolg, nachdem bisher fast bei jeder Regierungskrise schon sein Name als der des kommenden Mannes genannt worden ist, ohne daß ihm jemals die Bildung einer neuen Regierung geglückt wäre.

Frankreichs neuer Ministerpräsident steht gegenwärtig im 62. Lebensjahr. Er wurde am 19. Dezember 1868 in der Gironde als Sohn des Abgeordneten Jules Steeg geboren, studierte dann Rechtswissenschaften und Philosophie, wurde Lehrer, Journalist und später Advokat am Appellationsgerichtshof in Paris. Die politische Bühne betrat er erstmals im Jahre 1904, also im Alter von 36 Jahren. Minister wurde er 1911; 1912 übernahm ihn Poincaré als Innenminister und seitdem hat Steeg in dem fortwährenden Wechsel der Regierungen, alle Friedens-, Kriegs- und Nachkriegsjahre hindurch, dieses Amt bis 1920 behauptet. Im Oktober 1927 erfolgte seine Ernennung zum Generalgouverneur von Marokko. Im Januar 1929 reichte Steeg sein Rücktrittsgesuch ein, weil nach einem französischen Gesetz Parlamentarier nur für bestimmte Zeit Auslandsposten bekleiden dürfen.

Zwei Unterstaatssekretäre des Kabinetts Steeg zurückgetreten.

— **Paris**, 15. Dezember. Frankreichs neuer Ministerpräsident Steeg stellte sein Kabinett dem Staatspräsidenten vor. Beim Verlassen des Elysée erklärte Steeg, das Ministerium wolle an der Entspannung und der Einigung arbeiten; es setze sich zum Programm, den Frieden auf Grund der Sicherheit und das Budgetgleichgewicht aufrecht zu erhalten und die Wirtschaftstätigkeit zugleich mit dem sozialen Fortschritt zu fördern. Am Dienstag findet ein neuer Kabinettsrat statt. — Die Unterstaatssekretäre Riché und Bareth haben dem Ministerpräsidenten bereits wieder ihr Amt zur Verfügung gestellt.

Rechtsausschuß aufgeflogen.

Im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Zentrum und Nationalsozialisten.

Der Rechtsausschuß des Reichstags ist erneut aufgeflogen. Zu Beginn der neuen Sitzung erklärte ein Vertreter des Zentrums nochmals, den Zentrumsabgeordneten sei es unmöglich, unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frank zu tagen, weil Dr. Frank das Zentrum beleidigt habe. Ein Vertreter der Nationalsozialisten erwiderte darauf, eine Beleidigung der Zentrumsmitglieder habe nicht stattgefunden. Dr. Frank lehne es ab, den Vorsitz abzugeben.

Nunmehr beantragte das Zentrum die Vertagung des Ausschusses auf unbestimmte Zeit, d. h. bis zur Stellungnahme des Aeltestenrats. In der Abstimmung wurde dieser Antrag mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen.

Für den Zentrumsantrag stimmten außer den Antragstellern die Sozialdemokraten, die Staatspartei und der Christlich-Soziale Volksdienst, gegen den Antrag die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und das Landvolk, während sich die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei der Stimme enthielten.

Protest Hindenburgs.

Ablehnung der Ehrenmitgliedschaft im Präsidium der Luftfahrt-Sicherheitskonferenz.

— Berlin, 15. Dezember.

Reichspräsident von Hindenburg hat die ihm von der Internationalen Luftfahrt-Sicherheitskonferenz in Paris angebotene Mitgliedschaft im Ehrenpräsidium, dem fast alle Staatsoberhäupter der europäischen Länder angehören, abgelehnt.

Dieser Entschluß des Reichspräsidenten dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die deutsche Luftfahrt noch stark unter den Auswirkungen des Versailler Vertrages zu leiden hat, wenn auch wesentliche Baubeschränkungen seit 1926 gefallen sind.

Deutschland darf im Gegensatz zu anderen Staaten die Sportfliegerei nicht aus Mitteln der öffentlichen Hand unterstützen. Fernerhin ist die Regierung verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß keine Sportflugzeuge gebaut werden, die irgendwie für militärische Zwecke verwendet werden können. Der Reichswehr ist überhaupt keine Fliegertruppe gestattet.

Beleidigungs-Prozeß Hugenbergs. — 500 Mark Geldstrafe.

— **Berlin**, 15. Dezember. Der deutschnationale Parteiführer Geheimrat Hugenberg hatte gegen den Redakteur Kurt Geyer wegen eines am 29. November im „Vorwärts" veröffentlichten Artikels, der sich mit dem Zusammenbruch der Landbank und der Ostbank für Handel und Gewerbe, dessen Aufsichtsrat Geheimrat Hugenberg damals angehörte, eine Beleidigungsklage angestrengt. Das Urteil lautete auf 500 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, Geheimrat Hugenberg treffe für den Zusammenbruch der Bank kein Verschulden. Die eigentliche Ursache des Zusammenbruchs wäre die Not der Zeit im allgemeinen und im besonderen die Not des deutschen Ostens.

Volksbegehren

in Lippe.

— **Berlin**, 15. Dezember. Das lippische Landespräsidium hat, nach einer Meldung Berliner Blätter aus Lippe, das von den Nationalsozialisten und den Volkskonservativen in Lippe beantragte Volksbegehren zur Herbeiführung eines Volksentscheids über die Auflösung des Landtags zugelassen. Als Eintragungsfrist wurde die Zeit vom 3. Januar bis einschließlich 16. Januar festgesetzt.

Wieder Landtag in Preußen.

Antrag auf Heraufsetzung des Wahlalters.

Der preußische Landtag tritt am heutigen Montag nochmals zu einem kurzen Tagungsabschnitt zusammen.

In der Eröffnungssitzung werden nur kleinere Vorlagen beraten werden. Am Dienstag soll die erste Beratung des neuen preußischen Haushalts beginnen. Am Sonnabend wird der Landtag voraussichtlich in die Weihnachtsferien gehen.

Unter den neuen Anträgen, die dem Landtag vorliegen, befindet sich u. a. ein Antrag der Wirtschaftspartei auf Heraufsetzung des Wahlalters vom 20. auf das 25. Lebensjahr.

Dynamitanschläge in Ostschlesien.

Die Täter unerkannt entkommen.

In Ostoberschlesien wurden in nächtlicher Stunde mehrere Dynamitanschläge auf Wohnungen von deutschen Minderheitsangehörigen, u. a. auch auf die Wohnung des Bergwerksdirektors Brener in Myslowitz verübt. Von den Tätern wurde eine starke Dynamitladung gegen die Wohnung Breners geworfen, die aber glücklicherweise im Vorgarten zur Explosion kam und daher keinen nennenswerten Schaden anrichtete. Ein weiterer Dynamitanschlag wurde auf die Wohnung des Grubenbeamten Reiß verübt. Hier wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Eine bei dem Grubenbeamten zu Besuch weilende Dame erlitt einen schweren Nervenchok, so daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein weiterer Anschlag wurde gegen die Deutsche Bücherei versucht; hier wurde eine Sprengkapsel mit einer Zündschnur vorgefunden, die Ladung kam aber hier nicht zur Entzündung.

Die Täter sind sämtlich unerkannt entkommen.

Verleihung der Silbernen Staatsmedaille

An Handwerks-Ehrenmeister Plate.

Das preußische Staatsministerium hat dem seitherigen Vorsitzenden des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, dem Ehrenmeister Harry Plate, Hannover, der diese Aemter seit der Errichtung beider Körperschaften 30 Jahre ununterbrochen innegehabt hat und aus ihnen nach Vollendung seines 77. Lebensjahres nunmehr ausgeschieden ist, in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um das Handwerk die Silberne Staatsmedaille verliehen.

Kein neuntes Schuljahr.

Verzicht der preußischen Regierung auf die Weiterverfolgung dieser Pläne.

— Berlin, 15. Dezember.

Im preußischen Staatsrat, der die Etatberatungen fortsetzte, gaben die Regierungsvertreter, als Kritik an dem Plan eines neunten Schuljahres geübt wurde, durch Zurufe zu erkennen, daß dieser Plan bereits aufgegeben worden ist.

Im weiteren Verlauf seiner Verhandlungen stimmte der Staatsrat verschiedenen Anträgen und Entschließungen zu. In einer dieser Entschließungen heißt es:

„Die Gesundheit der öffentlichen Finanzen beruht auf der Erhaltung und Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte. Das Ziel aller Maßnahmen muß die Wiederherstellung der Rentabilität der Wirtschaft sein. Ganz besonders gilt dies für die Landwirtschaft, deren Gedeihen die Voraussetzung für die Belebung des inneren Marktes und damit der deutschen Wirtschaft in allen ihren Zweigen ist."

Ferner stimmte der Staatsrat noch der Kürzung der Tagegelder für seine Mitglieder um 7,50 auf 30 Mark zu.

Die hohen Umzugskosten des Auswärtigen Amtes.

— **Berlin**, 15. Dezember. In der Frage der hohen Umzugskosten des Auswärtigen Amtes nahm der Haushaltsausschuß des Reichstags einen Antrag einstimmig an, der die Haftbarmachung der für die Etatsüberschreitungen erforderlichen Beamten fordert.

Ein Kommunist erschossen.

Gladbach-Rheydt, 15. Dezember. Nach einer auch von Gegnern besuchten und stürmisch verlaufenen nationalsozialistischen Versammlung kam es geraume Zeit später vor dem Lokal, in das vier nationalsozialistische Führer zurückgekehrt waren, zu neuen Auseinandersetzungen mit einer kommunistischen Gruppe. Der Führer der nationalsozialistischen Schutzstaffel, Arnold Höhles, gab einen Schuß ab, durch den der Stuckateur Reiners ins Herz getroffen wurde. Höhles und seine drei Begleiter, unter denen sich auch ein Bruder des Reichstagsabgeordneten Goebbels befand, wurden verhaftet. Bei seiner Vernehmung betonte Höhles, in Notwehr gehandelt zu haben.

Das Säuglingssterben in Lübeck.

Schlußbericht der Sachverständigen. — Stellungnahme des Reichsgesundheitsbeirats.

Der Reichsgesundheitsbeirat befaßte sich abschließend mit dem Säuglingssterben in Lübeck. Der Bericht des Oberregierungsrats Prof. Dr. Lange, dem sich auch die Berichterstatter Professor Neufeld und Dr. Kirchner-Hamburg, anschlossen, kommt u. a. zu folgendem Ergebnis:

1. Die in Lübeck im Anschluß an die Tuberkuloseschutzimpfung nach Calmette aufgetretenen Erkrankungen und Todesfälle von Säuglingen sind nicht auf das Calmettesche Verfahren als solches zurückzuführen.

2. Der Annahme, daß in Lübeck die Beimengung der virulenten Tuberkelbazillen zu den Calmetteschen Kulturen auf ein unerkanntes Versehen beim Arbeiten zurückzuführen ist, kommt die größte Wahrscheinlichkeit zu.

Der Reichsgesundheitsbeirat bekannte sich im übrigen erneut zu seiner Entschließung von 1927. Danach ist die Frage der Tuberkuloseschutzbehandlung noch so wenig geklärt, daß von einer allgemeinen Anwendung einer solchen Schutzbehandlung zunächst abzuraten ist. Um ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten, hält der Reichsgesundheitsrat eine Erweiterung und Verschärfung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften über Herstellung, Abgabe und Anwendung von Impfstoffen aller Art für erforderlich.

Verschiedenes.

Ordnung bei der Reichsbahn.

Die Reichsbahn macht aufs Neue darauf aufmerksam, daß den Klagen über Unordnung und Unsauberkeit in den Zügen am wirksamsten dadurch abgeholfen wird, wenn das Publikum selbst mithilft, Ordnung zu halten. In der Hauptsache wird immer wieder geklagt über:

„Mitnahme zu umfangreichen Handgepäcks in die Abteile, Belegen von mehr Plätzen, als Fahrkarten gelöst sind, Belegen der Fenster und Türen der Abteile während des Aufenthaltes auf den Bahnhöfen, längeres Verweilen in den Seitengängen der D-Zugwagen vor fremden Abteilen, achtloses Beiseitewerfen von Papierabfällen, Obstresten, leeren Schachteln, Zigarren- und Zigarettenresten, das Auflegen der Füße ohne Unterlage auf die Sitze, rücksichtsloses Oeffnen der Fenster, Nichtbefolgung des Rauchverbots in den Nichtraucherabteilen, Nichtraucherwagen und deren Seitengängen, Beschmutzen der Aborte, Benutzung der ausliegenden Handtücher zum Reinigen der Fußbekleidung, Anbringen von Zeichnungen und Anschriften anstößigen und politisch aufreizenden Inhalts an den Türen und Wänden der Abteile und Aborte."

Wenn sich das Publikum bemüht, alle diese Unarten abzulegen, wird schon dadurch das Reisen in den Zügen angenehmer und gemütlicher.

Hinweis.

Jungneulandblatt.

Ein Blatt für unsere Jugend unter 17 Jahren.

Herausgegeben von Neuländern. Eisenach-Neulandhaus.

Dieses Jugendblatt, das jetzt seinen 7. Jahrgang abschließt, möchte gleichstrebende deutsche Jugend verbinden in echtem tiefem deutschem Geist. Es gibt seinen Lesern Anregungen, die Geschichte und Kultur, den Geist und das Schaffen des deutschen Volkes kennen und immer mehr achten und aus seiner Tiefe heraus verstehen zu lernen. Es möchte seine jungen Leser wecken und stärken in wahrhaftiger, christlicher vaterländischer Gesinnung. Denn auch schon die Jugend hat ihre Aufgabe dem Volk und Vaterland gegenüber und ist zur Mitarbeit an der inneren Gesundung des Volkes mit aufgerufen. Deshalb ist es unbedingt wichtig, daß sie gesunden, Geist und Herz stärkenden und vertiefenden Lesestoff in die Hände bekommt, um für ihre Aufgabe immer mehr fähig zu werden.

Daneben gibt das Blatt auch allerlei praktische Anregung für Sang und Spiel, Handfertigkeit und Kunstgewerbe; auch eine Rätselecke fehlt nicht.

Das Blatt erscheint 2 mal monatlich und kostet halbjährlich 1,—, jährlich 2,— RM. Für das Weihnachtsfest machen wir besonders auf unsere hübsch ausgestatteten Gutscheine aufmerksam.

Weihnachtsbitte

Helft mir Zions Mauern bauen,
Bergen Baumaterial,
Helft die Steine mir behauen,
Schaffen aus dem Elendstal,
Helft mir Licht ins Dunkle tragen,
Hinter Gittern Liebe streun,
Und den bösen Geist verjagen
Durch der Gnade hellen Schein.

Christian Mohr.

Gaben für die Gefangenenarbeit in Herford an Strafanstaltsoberlehrer Mohr, Herford, Postscheckamt Hamburg, Konto Nr. 41 749.

Weihnachtsbitte

für die Anstalt Wittekindshof bei Bad Oeynhausen.

In heutiger Zeit mit soviel innerer und äußerer Not, wo die Sorge drängend an soviel Türen klopft, wagen wir kaum zu bitten.

Aber dennoch möchten wir nicht unterlassen, für die unserer Kinder zu bitten, die keine Liebe ihrer Angehörigen erfahren und die auch niemanden haben außer uns, der ihnen Liebe zum Weihnachtsfeste erzeigt.

Sie sollen nicht hinter den anderen zurückstehen und für sie möchten wir in aller Bescheidenheit bitten: Gebt uns etwas in die Hände, damit wir es an jene weitergeben und damit auch ihre Herzen füllen.

Das Licht von Bethlehem erleuchte die Herzen der freundlichen Geber.

Brünger, Pastor,
Anstaltsvorsteher.

Anschrift für Pakete: **Wittekindshof** bei Bad Oeynhausen, für Geldsendungen: Postscheck-Konto Nr. 4652, Amt Hannover.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Heute, Montag abend 8½ Uhr in „Ephrata" Männerchor. Letzte Uebungsstunde.

Der Vortrag von Herrn Dr. Sickinger, der am Mittwoch gehalten werden sollte, wird verschoben.

Anzeigen aus Bethel.

— **Trockenes Anmachеholz** hat abzugeben Haus Morija. Gebündelt je Bündel 10 Pfg., lose in Säcken etwa 1 Zentner 2,— RM. Lieferung frei ins Haus. — Größere Posten billiger nach Uebereinkunft.

— **Unsere Verkaufsräume bleiben vom 24. Dezember mittags 12 Uhr bis 29. Dezember 8 Uhr früh geschlossen.**

Wir bitten unsere verehrte Kundschaft, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Ophir,
Vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

— **Kinderpult,** fast neu, leicht verstellbar, in der Einkaufstelle sehr preiswert abzugeben.

— **Der Verkauf von Weihnachtsbäumen beginnt am Dienstag, den 16. Dezember, 8 Uhr morgens in der Gärtnerei.**

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Hutter; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik
ERNST DAVID
gegründet 1885
prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
liefert als Spezialität die von den
Posaunen-Chören
bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen" — Seite 20–26
Katalog und Preisliste gratis.

Als Festgeschenk eine
ZentRa Uhr


H. Breder, Bielefeld
Gütersloherstraße 14 Fernsprecher 1012

Weihnachtsflugblatt
Ein vierseitiges, **mehrfarbiges** Werbeblatt mit Bildern geschmückt, geeignet zum Verteilen auf Weihnachtsfeiern, in den Kirchen, Bahnhöfen, Weihnachtsmärkten usw.
Das Blatt ist zu beziehen durch den
Blätterverlag der Anstalt Bethel, Abteilung „Herz und Haus", Bethel bei Bielefeld.
Postscheck Hannover 7982. Das Stück kostet 2 Pfennig. Bei größeren Bezügen Ermäßigung.
Probenummern auf Wunsch.

Harmonium
(Hörigel) 11 Register, gebraucht, mit Flötenaufsatz billig zu günstigen Bedingungen abzugeben
H. Thunert & Söhne, Bad Oeynhausen
Herforderstraße 47

Gesucht zum 1. Jan. 1931, im hies. Schloßhaushalt ein arbeitsfreudiges evang.
Zimmer- u. Hausmädchen
nicht unter 18 Jahren, das möglichst schon Erfahrung in größeren Haushaltungen hat. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Bild an
Fürstl. Bentheimsche Hofhaltung, Burgsteinfurt (Westf.)

Pfarrhaus mit viel Jugendverkehr und schöner Umgebung sucht zum 1. Jan. noch eine 2. geb.
Pensionärin
zur Ausb. in allen Zw. des Haush. Verständn. für werdende Menschen
Schwarzkopff, Güstrow, (Meckl.)

Südamerik. Maté
Paraguaytee
Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.
Gustav Giehl & Sohn
Sangerhausen Hindenburgstraße
Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Elektr. Kocher
a. rein Aluminium, hochglanzpol., m. Ringheizkörper, 220 Volt, 650 Watt, mit 2 m Zuleitung aus best. Material, nur sol. Vorrat 1 Liter Inhalt 6.75. 1½ Liter Inhalt 7.75 Bei Sammelbest. v. 10 Stck. 1 Kocher gratis.
Elektr. Bügeleisen, hochgl. vern. 10.50 Mk.
„ Waffeleisen . . . . 20.– Mk.
„ Heißluftduschen . . . 22.– Mk.
Erstklassige Qualitätsware, zwei Jahre Garantie
Bei Nichtgefallen Geld zurück.
Fritz Dunkel
Herstellung u. Vertrieb elektr. Geräte
Eveking i. W., Kirchstr. 4.

Knoblauchpulver „Reda"
in Tablettenform
d. diät. Vorbeugungsmittel gegen erhöhten Blutdruck
Gläser zu 1.— und 2.— Mk.
Bestimmt zu haben
Markt-Droger. Otto Battig
Niederwall 9

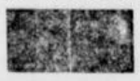
Honig
nur aus eigener Imkerei, 10 Pfd.-Eimer 12 RM, 5 Pfd. 6,50 frei Nachnahme.
Klaus Ehlers, Brest, Post Harsefeld (Bez. Hamburg) Land.

Ernst Münch, Brackwede
Telefon 2426 Gegr. 1886 Hauptstraße 81
Uhrmachermeister, Optiker
ZentRa- und ZentRa-Tavannes Uhren
Platura Bestecke, einziges Fabrikat mit eingelöteten Silberplatten an den Auflegestellen
Moderne Augenoptik, Brillen, Klemmer, Ferngläser, Theatergläser
Schmuck, Alfenidewaren, Kristall
Trauringe!

Evunis-Edelmargarine
gleicht die Fehler der heutigen Ernährung aus, überbrückt die Kluft zwischen
Rohkost und Feinkost,
Naturnahrung und Kulturnahrung.
Auch Sie sollten sich durch einen Versuch überzeugen.
Evunis-Margarine-Gesellschaft m. b. H. Lippinghausen bei Herford
Zu haben in allen Ophir-Geschäften.

Weltkrieg droht auf deutschem Boden

Von General Ludendorff. Preis geheftet 0.90 RM. und Porto 15 Pfg. Dieses erschütternde Buch muß **Jeder** gelesen haben, der über das, was sich in den kommenden drei Jahren abspielen wird, unterrichtet sein will.
Vorrätig bei
Hermann Missenklodt, Verlag, Bielefeld 870
Postscheckkonto Hannover 49789 . Neustädterstr. 4

Neu!

„Unentbehrlich"
Beobachtungen des kürzlich aus Afrika zurückgekehrten Missionsinspektors P. Ronicke
64 Seiten Preis RM. 0.50
„Die Galgenallee"
Berichte einer auf einsamem Posten stehenden Missionarsfrau. Von Frau Pastor Mörchen
32 Seiten Preis RM. 0.30
Zwei bedeutungsvolle Missionsschriften, die in besonderer Weise auf die Arbeit der Frauen in der Mission eingehen.
Bestellungen erbittet
Schriftenniederlage der Anstalt Bethel b. Bielefeld
Postscheckkonto Hannover 49657.